

Zeitschrift: Emanzipation : feministische Zeitschrift für kritische Frauen
Herausgeber: Emanzipation
Band: 21 (1995)
Heft: 6

Artikel: "professionnELLE" im Umzug und Umbruch
Autor: aw
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-361841>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 22.01.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Der gesuchte Vorname der Kreuzipation in Nr. 3/95 hiess Grazia; er gehört der sardischen Schriftstellerin und Literaturnobelpreisträgerin Deledda. Cristina Bergamaschi aus Baden gewann ihr Buch «La madre».

T	A	G	E	T	E	S	A	L	L	E	N	D	E
R		L		U		U			M			R	
A	K	U	B	U	S	R	E	B	U	S		B	
U	D	O	A	T	O	A	A	A	L				
G	H	L	E	E	R	E	L	L	A				
O	L	G	N		A	M	M	N					
T		V	A	B	C	W							
T	I	Z	I	A	N	E	H	U	E	R	D	E	
		R	N	A	T	U	R	T					
B	O	R	G	I	A	O	O	S	T	E	R	N	
L		O	S	N	M	E							
A	S	D	L	Q	M	K	U						
U	E	R	E	I	U	R	I	E	R				
B	E	N	E	S	O	S	R	I	O				
A	F	R	I	S	T	T	U	T	E	N	S		
R		O		E	E		I						
T	R	I	S	T	A	N	N	E	S	S	E	L	N

QuotenbefürworterInnen bitten in Bern auf Granit

sw. Bern wird leider nicht Quoten-Modellstadt. Mit einem Nein-Stimmenanteil von über 68 Prozent schickten die Stadtberner Stimmberechtigten – von denen sich lediglich 25,5 Prozent an die Urnen bemühten – am 10. September eine Vorlage für Geschlechterquoten im Stadtparlament bachab. Bei Annahme der Vorlage hätten Frauen und Männer je mindestens 40 Prozent der Stadtratssitze für sich beanspruchen können. Nebst VertreterInnen der Rot-Grün-Mitte-Parteien hatte auch das Parlament dem Souverän ein Ja empfohlen; doch im flauen Abstimmungskampf müssen die QuotengegnerInnen wie das «Komitee für faire Wahlen» mit seinen «Demokratie-in-Gefahr»-Sprüchen mehr überzeugt haben.

Auch in anderen Schweizer Städten haben QuotenbefürworterInnen auf Granit gebissen: Die Stadt Luzern lehnte im März 1995 eine entsprechende Regelung für ihre Behörden deutlich ab. Ebenso sind bisher die Bemühungen auf Bundesebene verlaufen – trotz des Zwischenerfolgs im März 1995 mit der Einreichung der eidgenössischen Volksinitiative «Für eine gerechte Vertretung der Frauen in den Bundesbehörden (Initiative 3. März)».

Die Stadtberner bürgerlichen Parteien jedenfalls, die trotz ihres Neins zur Quotenvorlage zahlreiche Bekenntnisse zur Frauenförderung abgaben, wird frau bei den nächsten Stadtratswahlen an ihren Taten messen!

Der Zug fährt ab für Gleichstellungsbüros

aw. Der Zuger Kantonsrat hat am 31. August mit 48 zu 27 Stimmen die Auflösung des lokalen Gleichstellungsbüros mit seinen 1,5 Stellen/drei Mitarbeiterinnen/einer Million

Franken auf Ende dieses Jahres beschlossen – und dies nur vier Jahre nach dessen «befristeter» Inbetriebnahme.

Dies vermochten auch diverse Protestaktionen von aussen und interne Meinungsverschiedenheiten nicht zu verhindern. Die offizielle Begründung lautet: Der Verfassungsauftrag der Gleichstellung von Frau und Mann könne auch verwaltungsintern, begleitet von einer Kommission, erfüllt werden. Ausserdem habe das Büro «polarisierend» gewirkt und in der Verwaltung keine Akzeptanz gefunden; einzelne Personen seien «eifrig ans Werk gegangen und etwas unnachgiebig beziehungsweise hartnäckig» gewesen.

Die Situation für das Zuger Gleichstellungsbüro ist bei weitem nicht ein Einzelphänomen hierzulande, sind doch auch die Büros in Winterthur und Neuenburg von einer Stellenreduktion bedroht: bzw. Stellen-schliessung betroffen. Der Arbeitsgruppe «pour les bureaux menacés» der gesamtschweizerischen Gleichstellungskonferenz – die zweimal jährlich stattfindet – wird in La-Chaux-de-Fonds am 20./21. September wohl der Kopf geraucht haben...

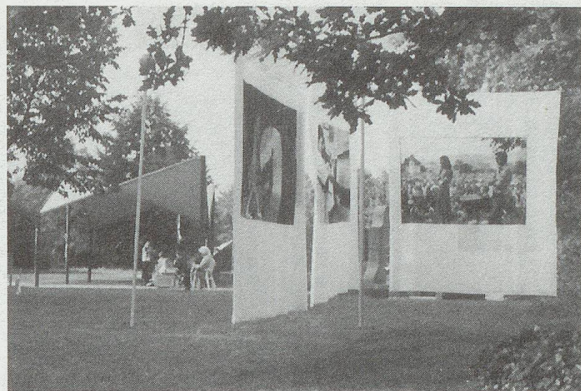
INSERAT



für gute Zusammenarbeit und schöne Drucksachen...

«professionNELLE» im Umzug und Umbruch

aw. Anfang dieses Monats konnte das Büro «professionNELLE – Kontaktstelle Frau + Arbeit» dank zahlreicher Rückmeldungen auf einen Hilferuf ein neues Domizil in Liestal beziehen. Seit zwei Jahren bieten drei Fachfrauen kostenlos Beratung an für Frauen, die – meist aus finanziellen Gründen – (wieder) auf der Suche nach Erwerbsarbeit sind. Ihr Motto laut Selbstbeschreibung: «Hilfe zur Selbsthilfe», das heisst mit den Klientinnen, zum grössten Teil Frauen gegen vierzig und älter, einen beruflichen und persönlichen Situationsbeschrieb ausarbeiten und sie dann über Aus- oder Weiterbildungsmöglichkeiten informieren oder an Fachstellen und -frauen weiterleiten. Frau kann jedoch auch über die hausinterne «Infothek» die nötigen Daten z.B. über Stipendien erlangen. Das zweijährige Jubiläum und das neue Zuhause geben jedoch nicht nur Anlass zum Feiern: Wie zu erwarten, kämpft auch dieses nicht-profitorientierte Frauenprojekt mit finanziellen Engpässen. Der Grund hierfür ist, dass die Zuschüsse der Eidgenössischen Weiterbildungsoffensive (WBO) und die kantonalen Gelder versiegt sind. Mit einem Subventionsgesuch an den Heimkanton soll nun der Fortbestand des Frauenprojekts gesichert werden. Falls der Antrag durchkommt, wird das Büro auch wieder das erfolgreiche Teilzeit-Kursprogramm und Be-



rufspraktikum für Wiedereinsteigerinnen, «lavorELLE», anbieten können – ähnlich wie es die Frauenzentrale Basel seit 1981 mit dem fast schon traditionsreichen Kurs «Neuanfang im Beruf» diesen Herbst durchführt, allerdings zum letzten Mal in dieser Form...

«Neuanfang im Beruf» s. Veranstaltungskalender. «professionELLE – Kontaktstelle Frau + Arbeit», Rathausstrasse 35/Eingang Rosengasse, 4410 Liestal, Tel. 061/921 55 55. Öffnungszeiten: Mo 14–17 h, Mi 9–12 h, oder nach Vereinbarung.

SBB diskriminieren gleichgeschlechtliche Paare

pp. In einem öffentlichen Schreiben fordern die LOS (Lesbenorganisation Schweiz) und Pink Cross (Schwulenbüro Schweiz) die SBB auf, Fahrvergünstigungen für Angehörige von SBB-Angestellten auch gleichgeschlechtlichen PartnerInnen zuzugestehen. Die neue Regelung erlaubt KonkubinatspartnerInnen, von verbilligten Tarifen (FVP) zu profitieren, sofern ein gemeinsamer Haushalt mit Kindern besteht. Davon explizit ausgeschlossen sind gleichgeschlechtliche Paare. Die SBB begründet die diskriminierende Regelung mit dem möglichen Missbrauch durch gleichgeschlechtliche Wohn-, aber nicht LebenspartnerInnen. Gleichzeitig bestätigte sie den beiden Organisationen, dass auch reine Wohngemeinschaften mit Mann, Frau und Kindern von der Verbilligung profitieren können. Mit dieser asymmetrischen Argumentation stellte die Personaldirektion der SBB gleichzeitig das Gespräch ein. Eine weitere Gesprächsaufforderung der LOS und Pink Cross wurde zurückgewiesen.

Die beiden Organisationen weisen auf die Janusköpfigkeit der SBB hin: Ist es, so bei der neuen Formel für Generalabos, ökonomisch vorteilhaft, gleichgeschlechtliche Paare miteinzubeziehen, zeigen sie sich von ihrer aufgeschlossenen Seite. Geht es hingegen,

ohne finanzielle Vorteile, um eine klare antidiskriminatorische Haltung, argumentiert die Bundesbahn seltsam festgefahren.

Russische Soldatenmütter kommen in die Schweiz

aw. EMI (3/95) berichtete über den Besuch einer Schweizer Frauendelegation beim Moskauer Komitee der Soldatenmütter, das – mit inzwischen mehr als 140 regionalen Aktionsgruppen – seit sechs Jahren Friedenspolitik in ganz Russland betreibt und sich gegen den Krieg in Tschetschenien stark macht. Auf Anregung der Unabhängigen feministischen Frauenlisten (UFF!) wird eine Delegation der Soldatenmütter vom 25. Oktober bis 8. November in der Schweiz weilen. Geplant sind Informationsveranstaltungen in verschiedenen Schweizer Städten, für deren Organisation die Frauenstelle für Friedensarbeit, die Frauen für den Frieden Schweiz und die GSoA verantwortlich sind. Daneben sollen Vernetzungstreffen mit schweizerischen Frauen- und Friedensorganisationen stattfinden.

Daten s. Veranstaltungskalender. Detaillierte Infos bei der cfd-Frauenstelle (Tel. 01/242 93 07). Für Hintergrundinfos s. «GSoA-Zitig» Nr. 61, Postfach, 8031 Zürich.

Frauen und Menschenrechte: Amnesty-Aktionswoche in Basel

aw. Unter dem Titel «Farben der Solidarität – Frauen und Menschenrechtsverletzungen» schliessen die Gruppen Basel von Amnesty International mit einer Aktionswoche an die ai-Jahreskampagne «Frauen in Aktion, Frauen in Gefahr» und die Themen der Weltfrauenkonferenz an: Vom 10. bis 17. Oktober wird in der Offenen Kirche Elisabethen eine Ausstellung gezeigt, in deren Mittelpunkt Werke von Frauen und Jugendlichen stehen, die ihre traumatischen Kriegserlebnisse gestalterisch zu verarbeiten versuchen. Eine der Veranstaltungen wird u.a. von Frauen aus den Philippinen und Ruanda bestritten, die über ihre individuellen Schicksale und

die allgemeine Lage von Frauen in ihrem Land berichten. Ein Benefizkonzert und eine abschliessende Podiumsdiskussion ergänzen die Aktionswoche.

Ausstellung: 11.–17. Okt., 11–20 h. Weitere Daten s. Veranstaltungskalender. Infos: ai-Gruppen Basel, Niggi Berger, Tel. 061/381 17 89.

Wanderausstellung zum Mutterschaftsschutz

aw. Augenfällig ist sie, die überdimensionale Wäscheleine mit den schwarzweiss bedruckten Leintüchern: Stimmungsvolle Fotografien zeigen Mütter und Väter in vertraulichen Szenen mit Kleinkindern, eine Collage von Zeitungsartikeln erinnert an das Fiasko der 1984 von Linken, Gewerkschaften und Frauenverbänden eingereichten Initiative «Für einen wirksamen Schutz der Mutterschaft». Beim Lesen von schlagkräftigen Parolen wie «Die Schweiz, das letzte Land Europas ohne Mutterschaftsversicherung» steigt der Missmut über die rechtliche Lage von Schwangeren und Müttern in der Schweiz.

Das Konzept der Wanderausstellung mit dem Titel «Versichert verunsichert versichert – die lange Wanderung der Mutterschaftsversicherung» stammt von einer Arbeitsgruppe des «Genfer Komitees für die Anerkennung der Mutterschaft», einer der kantonalen Gruppierungen, die sich im Zuge des von Bundesrätin Ruth Dreifuss 1993 angekündigten Gesetzesentwurfes zur Mutterschaftsversicherung bildeten. Finanziert wird das Projekt von Elternschaftskomitees und Gleichstellungsbüros aus der ganzen Schweiz. Interessierte Frauengruppen können das Ausstellungsinventar bestellen bei: Bureau d'égalité Genève, Danièle Alison, Tel. 022/31 37 00. Mehr Information zum Thema Mutterschaftsschutz, s. Schwerpunktnummer «Nora», Postfach 764, 8501 Frauenfeld.